

## **Änderungsantrag Nr.**

TE108

### **Beantragt von**

[Boris Tourovsky](#)

### **Programm**

Parteiprogramm/Bildung

### **Schlagworte Pro**

Chancengleichheit

### **Schlagworte Contra**

### **Beantragte Änderungen**

Es wird beantragt, folgenden Unterpunkt des Punktes "Bildung" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

#### ***Gerechte und zeitgemäße Gestaltung der Ausbildungsförderung***

Die staatliche Förderung der Ausbildung und des Studiums für sozial Schwächere stellt eine wichtige Maßnahme für die Unterstützung von Chancengleichheit und der allgemeinen Zugänglichkeit von Bildung in der Gesellschaft dar und sollte grundsätzlich ausgeweitet werden.

Die jetzige Form dieser Förderung - in erster Linie geregelt durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) - schränkt die Betroffenen allerdings sehr stark in ihrer Arbeitstätigkeit ein, was weder als zeitgemäß noch als gerecht bezeichnet werden kann. In einer sich rapide verändernden Informationsgesellschaft erfordert allein die Dauer der erforderlichen Ausbildung eine Abkehrung von der Idee, dass Ausbildungsförderung durch den eigenen Dazuerdienst des Förderbeziehenden gemindert werden sollte. Zudem wird so der ursprüngliche Sinn der Ausbildungsförderung verfälscht, da die Praxiserfahrungen, die im Laufe einer beruflichen Tätigkeit neben der Ausbildung, oftmals eine wichtige Stütze für das weitere Berufsleben bilden und deren Wegfall die Chancen der Förderbedürftigen schmälert, statt diese zu verbessern.

Im Hinblick auf die zuvor genannten Schwachstellen des heutigen Ausbildungsförderungssystems müssen alternative Förderungsmöglichkeiten stärker in den Vordergrund gebracht werden, darunter einkommensunabhängige, langlaufende, unverzinsliche staatlich bereitgestellte Kredite für Studierende sowie Stipendiumsprogramme, welche nicht von den Einkommensverhältnissen, sondern von den in der Ausbildung bzw. Studium erbrachten Leistungen abhängt.

## Begründung

Die Idee des BAFöGs ist es, Studierenden finanziell unter die Arme zu greifen, um ihnen ein Studium überhaupt zu ermöglichen. Dabei wird zur Feststellung der Bedürftigkeit das Einkommen der Eltern sowie das eigene Einkommen des Förderungsbeziehenden beachtet. Für das eigene Einkommen gibt es dabei einen Freibetrag (entspricht in etwa einem 400€-Job), wenn man etwas darüber hinaus verdient, geht es in den Sand, da der entsprechende Betrag vom BAFöG abgezogen wird. Bei Praktikumsvergütungen wird sogar ab dem ersten verdientem Euro angerechnet. Hinzu kommt auch, dass diese Anrechnung rückwirkend verrechnet (beschränkt sich also nicht auf Streichung der Bafögleistungen in Zukunft, sondern erfordert eine Rückzahlung des bereits erhaltenen Betrags), es keinerlei Anspruch auf Ratenzahlung oder Stundung dieses Betrags gibt und falls man die Rückzahlung nicht durchführen kann, kommen auch noch heftige Bußgelder (2500€) obendrauf. Im Endeffekt wird die Idee der Ausbildungsförderung so komplett auf den Kopf gestellt, da ein Studierender, der keine Unterstützung von den Eltern bekommt und auf alle verfügbaren Geldquellen angewiesen ist zu einem Armutsdasein verdonnert wird und aus eigener Kraft (Aufnahme eines Nebenjobs) dieses nicht beenden kann. Dazu kommt natürlich auch ein absolut falsches Signal, das dadurch gesendet wird - "Arbeiten ist blöd, wenn du arbeitest kriegst du eh weniger als wenn du nix tust" und die völlig fehlende Kulanz bezüglich Rückzahlungen sowie die Unmöglichkeit, das Förderungsverhältnis vorzeitig zu kündigen. Der Antrag macht keinerlei Aussagen bezüglich der Höhe des BAFöGs; es geht lediglich darum, dass das BAFöG-System zu seiner eigenen Grundidee zurückkehrt, eine *Förderung* zu sein, anstatt Studierende finanziell zu belasten bzw. die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit vor Abschluss des Studiums unmöglich zu machen.